

Bern, März 2021

Protokoll des Parteitages

Datum, Zeit	Mittwoch 3. Februar 2021, 19.30 – 21.05
Ort, Raum	Zoom-Konferenz
Präsenz	100 Stimmberechtigte Personen
Absolutes Mehr	51 Stimmen
Protokollführung	Zora Schindler



1	Eröffnung und Begrüssung	2
2	Wahlen zum Parteitag	4
2.1	StimmzählerInnen.....	4
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	4
2.3	Wahlbüro	4
2.4	Tagesbüro	4
3	Genehmigungen	4
3.1	Tagesordnung	4
3.2	Geschäftsordnung	4
3.3	Protokoll des Parteitages vom 04.11.2020.....	4
4	Regierungsratswahlen 2022	5
5	Parolen Abstimmungen 7. März	5
5.1	Abstimmung zusätzliche Sonntagsverkäufe.....	5
5.2	Burka-Initiative	7
5.3	E-ID.....	7
5.4	Handelsabkommen.....	8
6	Verabschiedung GPK	10
7	Resolutionen	10
8	Verschiedenes	11
9	Schluss des Parteitages	11

1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Ueli Egger, Co-Präsident, begrüsst die Anwesenden und bittet um Entschuldigung für die Verspätung. Die Ursache waren technische Probleme. Bei weiteren Fragen zur Technik kann man sich an David Stampfli oder Hannes Rettenmund wenden.

Wortmeldungen sind auch kurzfristig möglich, bitte nur zu Themen aus dem Parteitag. Die

Mirjam Veglio, Co-Präsidentin, eröffnet den Parteitag:

Liebe Genossinnen und Genossen

Corona bestimmt seit einem Jahr unseren Alltag - schränkt uns ein, zerstört Aufgebautes, bedroht Existenzen, und manchen Menschen...nimmt dieses Virus das Leben. Das ist traurig und lässt uns auch mal ohnmächtig zurück. Eigentlich ist dieses Virus eine Zumutung – um die Worte der deutschen Bundeskanzlerin zu verwenden - und dennoch ist es real. Ich hoffe sehr, dass wir als Gemeinschaft diese grosse Herausforderung meistern werden und ansatzweise so etwas wie «Normalität» wieder Einzug in unseren Alltag hält. Bleiben wir zuversichtlich...

Im Zentrum dieses Parteitags stehen die Regierungsratswahlen 2022. Auch wenn uns dies heute noch weit weg erscheinen mag – die Planung muss frühzeitig an die Hand genommen werden. Deshalb gilt es heute die ersten Weichen zu stellen.

Wir wollen die Politik im Kanton Bern wieder verstärkt und klar sozial mitprägen. Zusammen mit den Grünen wollen wir deshalb wieder eine linke Mehrheit im Berner Regierungsrat erreichen. Ein Wechsel hin zu einer verantwortungsvollen, fairen und Menschlichen freundlichen Politik ist im Kanton Bern auch bitter nötig.

Ich gebe euch drei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit:

Verantwortungsvoll: Keine verantwortungsvolle Politik ist:

Wenn der bürgerlich dominierte RR in dieser unsicheren Zeit Steuersenkungen für Unternehmen und natürliche Personen beschliesst und der ebenso bürgerlich getaktete Grosse Rat ihm folgt. Der Kanton Bern, die Schweiz, die ganze Welt befindet sich in einer ausserordentlichen Situation. Die Gesundheit ist bedroht, ebenso die Wirtschaft – und damit Arbeitsplätze. Die Staatsfinanzen spielen in dieser Situation eine ganz wichtige steuernde Rolle. Um diese Krise zu bewältigen, benötigen wir staatliche Gelder, wie noch nie. Wir brauchen Hilfe und Solidarität, d.h. konkret auch die Steuereinnahmen all jener, denen es gut geht. Von den vielen Unternehmen, die von dieser Krise nicht betroffen sind - besonders auch von jenen Branchen, die Glück im Unglück haben und durch die Krise sogar höhere Gewinne machen können. Mit Steuersenkungen werden jene Unternehmen noch belohnt, die trotz Krise Gewinne erzielen, während andere um ihre Existenzen bangen. Das ist verantwortungslos!

Fairness: Keine faire Politik ist:

Wenn der RR Kürzungen beim Lohnsummenwachstum vornimmt und die Löhne einfriert. Die kantonalen Angestellten haben über Jahre hinweg bereits beim Sparen mitgeholfen, indem der Lohnanstieg während Jahrzehnten gebremst worden ist. Sie jetzt schon wieder zur Kasse zu bitten, ist unfair und illoyal gegenüber dem Personal.

Auch wenn RR Schnegg aktuell von der Presse als Krisenmanager hochgelobt wird, dürfen wir nicht vergessen, dass er in dieser belastenden Zeit den Altersheimen die Gelder kürzt und nicht bereit ist sich für bessere Anstellungsbedingungen für die Angestellten im Gesundheitswesen einzusetzen. Die Pflegenden leisten seit einem Jahr ausserordentliches. Der Ausdruck der Wertschätzung für diese Arbeit geht leider nicht über den Applaus hinaus. Mit mehreren Vorstössen im Grossen Rat haben wir es versucht und sind in der Minderheit geblieben. Fairness geht anders.

Menschenfreundlich: Keine menschenfreundliche Politik ist:

Wenn RR Müller, der sich in der Rolle des Hardliners am besten gefällt, Weisungen durchboxt und damit Schicksale in unmenschlicher Weise beeinflusst.

Immer wieder müssen wir erfahren, dass Asylsuchende, die in einem Lehrverhältnis sind, einen negativen Asylbescheid erhalten. Sie müssen ihre Lehre abbrechen, sich in ein Rückkehrzentrum begeben und von der Nothilfe leben. Den Betrieben fehlt eine wertvolle und oft auch liebgewonnene Arbeitskraft. So kürzlich einem Koch-Lehrling im Liebefeld ergangen. Die Solidarität der Berner Bevölkerung mit dem Lehrling ist gross. Menschenfreundlich wäre es, Lösungen zu suchen. Es nicht zu tun und Menschen aus einem Lehrverhältnis zu reissen und in ein Rückkehrzentrum zu stecken, ist unmenschlich.

Liebe Genossinnen und Genossen

Die Corona-Pandemie verschärft die wirtschaftliche Ungleichheit weiter: Milliardäre profitieren – die Ärmsten werden abgehängt.

- Amazon verdreifacht den Gewinn in der Krise
- eine CH-Bank baut 280 Arbeitsplätze ab, macht 700 Mio Gewinn, und belohnt dafür die Aktionäre mit höheren Dividenden.
- Gleichzeitig geht der öffentlichen Hand das Geld aus: So Plant der Kanton St. Gallen bereits ein Abbaupaket von CHF 60 Mio.

Diese Corona-Pandemie MUSS ein Weckruf sein, um diese Ungleichheit endlich bei der Wurzel zu packen.

Das MUSS die Stunde der Sozialdemokratie sein!

2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

2.1 StimmzählerInnen

Keine Wahlen nötig, weil die Stimmen im Zoom direkt ausgezählt werden.

2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen: Sonja Walther und Karin Amatucci (beide Sekretariat).

2.3 Wahlbüro

Es wird kein Wahlbüro gewählt, weil die Stimmen im Zoom direkt ausgezählt werden.

2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. PL und Stimmzählende

Abstimmung: Alle vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Für Wortmeldungen kann man in Zoom mit den Händchen melden. Das ist ausnahmsweise auch während des laufenden Traktandums möglich.

3 GENEHMIGUNGEN

3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen und genehmigt.

3.3 Protokoll des Parteitages vom 04.11.2020

Das Protokoll wird genehmigt.

4 REGIERUNGSRATSWAHLEN 2022

Mirjam Veglio stellt die Strategie für die Regierungsratswahlen 2022 vor. Die Beweggründe hat sie bereits in der Begrüssung erklärt. Ausgehend von diesen Argumenten hat die Geschäftsleitung für die Regierungsratswahlen 2022 die Strategie zuhanden des Parteitags der SP Kanton Bern verabschiedet: «Die SP Kanton Bern strebt im Regierungsrat eine linke Mehrheit an. Dazu strebt die SP ein Bündnis mit den Grünen an. Dieses rotgrüne Ticket stellt sich wie bis anhin aus drei SP-Kandidaturen und einer grünen Kandidatur zusammen. »

Die Strategie enthält unsere Eckpunkte und ist ein Bekenntnis dazu, dass wir die Linke Mehrheit im Regierungsrat zurückholen wollen. Wir setzen dabei wiederum auf ein Bündnis mit den Grünen mit drei roten und einer grünen Kandidatur.

Basierend auf dieser Strategie können sich interessierte bewerben, eine Findungskommission wird mit ihnen Gespräche. Die Nomination für die Regierungsratswahlen ist für den Parteitag am 29. Mai vorgesehen.

Die GL beantragt dem Parteitag, die Strategie zu genehmigen.

Peter Vollmer, SP Altstadt-Kirchenfeld

Ein 3:1 ist vielleicht nicht die beste Option, das zeigen gewisse Erfahrungen mit RGM. Die Geschäftsleitung soll darüber nachdenken, das Bündnis zu verbreitern und die Mitte einzubeziehen. Offen ist auch, wie die Grünen auf ein 3:1 reagieren, vielleicht sollten wir mit fünf Kandidaturen gehen.

Mirjam Veglio beantwortet die Frage: Diese Überlegungen haben wir uns bereits gemacht, wir haben verschiedene Szenarien durchgespielt. Bezüglich breiterem Bündnis kommen höchsten GLP und EVP in Frage. Bei der EVP stimmen die gesellschaftlichen Themen nicht, mit der GLP sind wir uns in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nicht einig. Wir wollen links bleiben, nicht in die Mitte abdriften. Aus taktischer Sicht wären wir bei einem Bündnis die Steigbügelhalterin für die GLP. Das wollen wir auf keinen Fall. Aufgrund der WählerInnenstärke sind fünf linke Kandidaturen ein schwieriges Zeichen. Schon mit vier Kandidierenden strapazieren wir den Anspruch aber wir sind dem Spektrum sind treu. Die Grünen sind unsere engsten Verbündeten, wir sind im Gespräch mit ihnen, die Verhandlungen laufen. Wir haben uns alle diese Gedanken gemacht und uns bewusst dagegen entschieden.

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst die vorgeschlagene Strategie mit 86 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

5 PAROLEN ABSTIMMUNGEN 7. MÄRZ

5.1 Abstimmung zusätzliche Sonntagsverkäufe

Béatrice Stucki, Grossrätin Bern, stellt die Vorlage vor.

Liebe Genoss*innen

Die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten gehört zum Mantra der bürgerlichen Politiker*innen. Schon immer wurde die Marktfreiheit als Argument angeführt – und heute kommt noch das Argument, dass liberale Öffnungszeiten wichtig seien um gegen Online-Shopping vorzugehen und so die Geschäfte erhalten zu können.

Die Vorlage, über die wir am 7. März abstimmen, ist auf eine überwiesene Motion der FDP im Grossen Rat zurückzuführen. Weil das Gesetz über den Handel und Gewerbe für neue

Bestimmungen zum Konsum von E-Zigaretten geändert werden musste, hat der Regierungsrat die Motion der FDP ebenfalls gleich in die Gesetzesänderungen reingepackt – sehr zum Ärger der Partei und der Gewerkschaften. Vorgesehen waren 2 zusätzliche Sonntagsverkäufe und die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstag um eine Stunde – also von 17h auf 18h.

Die SP/JUSO/PSA Fraktion war einverstanden mit den Regelungen zum Verkauf von E-Zigarettenprodukten, hat aber die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten von Anfang an bekämpft. Im Grossen Rat konnten wir die Verlängerung der Öffnungszeiten am Samstag verhindern – die Erweiterung der Sonntagsverkäufe von 2 auf 4 ist geblieben. Die Bürgerlichen, die mitgeholfen haben, die Verlängerung der Samstagszeiten zu verhindern, haben gehofft, mit diesem Schachzug ein Referendum zu verhindern.

Die Unia, als zuständige Branchengewerkschaft stellte ihren Mitgliedern diese Frage und die Antwort war klar: die Leute im Detailhandel lehnen auch die Erweiterung der Sonntagsverkäufe ab. Somit hat der Gewerkschaftsbund das Referendum beschlossen.

Die Unia, als zuständige Branchengewerkschaft, macht regelmässige Umfragen zu den Arbeitsbedingungen bei den Angestellten im Detailhandel. Die Arbeitszeiten sind – neben den tiefen Löhnen – ein Dauerbrenner bei den Antworten. Schon heute können alle Läden während der Woche bis um 20h offen haben. Am Samstag bis 17h. Für die Verkäuferinnen und Verkäufer ist dann aber noch nicht Schluss: aufräumen, häufig auch putzen, Kasse abrechnen – bis sie tatsächlich raus sind aus dem Geschäft vergeht meistens mindestens eine halbe Stunde. Manchmal auch mehr. Und viele von ihnen stehen auch schon vor Ladenöffnung wieder im Geschäft. Teilhabe an gesellschaftlichen Anlässen, oder aktives Mitmachen in einem Verein oder Sportklub, das ist kaum möglich – oder vielleicht bei einer Teilzeitanstellung. Aber nur Teilzeit zu arbeiten liegt bei den tiefen Löhnen für die wenigsten drin. Wenn jetzt also die Arbeitszeiten verlängert werden oder zusätzliche Sonntagverkäufe dazu kommen, so schränkt dies das soziale Leben der Verkäuferinnen – es sind meistens Frauen – noch zusätzlich ein. Auch, und das ist wirklich wichtig – auch wenn es «nur» zwei zusätzliche Sonntage sind.

Wie ich am Anfang gesagt habe, ist das Thema Ladenöffnungszeiten im gleichen Gesetz abgebildet wie die Regelungen rund um die Regelungen für den Jugendschutz für den Verkauf und Konsum der E-Zigaretten. Deshalb haben wir eine Abstimmung mit einer Eventualabstimmungen.

Die sogenannte «Hauptvorlage»: das ist das überarbeitete Gesetz über Handel und Gewerbe mit den Änderungen zu den E-Zigaretten und mit der Erweiterung der Sonntagsverkäufe.

Hauptvorlage. Dazu empfiehlt die SP die NEIN – Parole.

Eventualantrag: Hier geht es darum, den Anteil der Bestimmungen der E-Zigaretten = diese Bestimmungen sind sehr wichtig: und hier empfiehlt euch die Parteileitung die JA – Parole.

Und letztlich gibt es noch das Kreuz bei der Stichfrage: Hier ist folgerichtig das Chrüzli beim Eventualantrag zu machen.

Die Zeitungen machen uns glauben, dass die SP Mitglieder vier statt nur zwei Sonntagsverkäufe wollen. Ich bin überzeugt – die Mehrheit will das nicht! Und der Kanton Bern wäre nicht der einzige Kanton, der diese Liberalisierung NICHT einführt. Auch der Kanton Freiburg beispielsweise hat mehr Sonntagsverkäufe und längere Ladenöffnungszeiten immer abgelehnt.

Liebe Genoss/innen und Genossen – wir haben in den letzten Monaten viel geklatscht für das Pflegepersonal – am Anfang der Pandemie haben wir auch noch das Verkaufspersonal in den Geschäften erwähnt. Dann gingen sie vergessen. Immer noch sind die Frauen und Männer im Detailhandel IMMER am chrampfen – unterstützen wir sie bei ihrem Anliegen, nicht die Arbeitszeiten noch mehr zu lockern. Lehnt die Hauptvorlage ab, stimmt dem Eventualantrag zu - Vielen Dank

Es gibt keine Wortmeldungen.

Antrag GL: Hauptvorlage: NEIN, Eventualantrag: JA, Stichfrage: Eventualantrag

Abstimmung: Der Parteitag folgt der GL mit 73 zu 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen

5.2 Burka-Initiative

Meret Schindler, Grossrätin Bern, stellt die Vorlage vor.

Das ultimative Unterdrückungsmerkmal der Frau ist der High Heel: Mit ihm kann sie nicht weglaufen, sie zwingt ihre Füsse in eine unnatürliche Form und ist in ihrer Bewegungsfreiheit allgemein eingeschränkt.

Patriarchale Strukturen unterdrücken Menschen, unterdrücken Frauen auf der ganzen Welt. Radikale Religionsinterpretationen sind solche Strukturen. Christliche Sekten im Emmental verbieten Frauen, Hosen zu tragen, und Mädchen am Schwimmunterricht teilzunehmen. Wir kennen orthodoxe Jüdinnen, die Röcke tragen und es gibt ultrakonservative Muslime, die Nikab tragen. Die Begründung ist überall einhellig: Das heilige Buch schreibt es vor. Zum Entscheid, einen Nikab zu tragen. Denn: In der Schweiz gibt es keine Burka-Trägerinnen, nur einige Nikabträgerinnen.

Jemanden zu befehlen oder zu verbieten, etwas anzuziehen, macht diese Person nicht freier, sondern unterdrückt sie noch mehr. Zum Entscheid, einen Nikab zu tragen, darf niemand gezwungen werden, ist ja klar. Macht das jemand aber freiwillig, wollen wir es ihnen wirklich nicht erlauben? Und wenn jemand wirklich so unter Druck ist, dass sie nur mit Nikab vor die Tür gehen darf: wollen wir diese Person wirklich unter Hausarrest stellen? Obwohl wir wissen, dass gerade für Frauen zuhause der gefährlichste Ort ist?

Liebe Genossinnen und Genossen, patriarchale Strukturen unterdrücken Menschen, Kleidervorschriften sind Teil dieser patriarchalen Strukturen. Sorgen wir dafür, dass die Schweiz nicht Teil einer solchen Struktur wird. Darum stimme ich Nein zur «burka-Initiative», ich hoffe, ihr auch.

Es gibt keine Wortmeldungen

Antrag GL: Nein-Parole

Abstimmung: 78 Delegierte stimmen für die Nein-Parole, bei 10 Gegenstimmen und 5 Enthaltung

5.3 E-ID

Andrea Zryd, Grossrätin Magglingen, stellt die Vorlage vor.

Es geht um einen neuen amtlichen Ausweis in der digitalen Welt: Die E-ID. Parlament und Bundesrat wollen, dass Private die E-ID ausstellen. Doch was kann die E-ID? Sie ist ein amtlicher Ausweis, der online wie ein Pass oder eine ID genutzt werden kann. Sie ermöglicht es, Dienstleistungen zu beanspruchen, beispielsweise beim e-voting, der Steuerrechnung, PatientInnenendossiers uvm. Zudem soll auch privates Shopping, und Vertragsabschlüsse möglich sein. Wieso wollen wir das nicht? Unsere Daten gehören uns, nicht Privaten. Wir sagen Nein zum Geschäft mit privaten Daten, weil der Datenschutz ungenügend ist. Private dürfen nicht mit unseren Daten machen, was sie wollen. Das ist kein Vertrauensverlust in den Staat, sondern wir verlangen gute Lösungen. Ausserdem soll der Bund nicht gegeben den Willen der Kantone und vieler Menschen vortreiben. Darum sind wir nötigenfalls auch bereit, das Referendum zu ergreifen.

Es gibt keine Wortmeldungen

Antrag GL: Nein-Parole

Abstimmung: Nein-Parole: 80 Stimmen, Ja-Parole 10 Stimmen bei 1 Enthaltung

5.4 Handelsabkommen

Andrea Rüfenacht, Grossrätin Burgdorf stellt die Vorlage vor.

Mit einem Wirtschaftsabkommen werden Zölle gesenkt, Handelsbarrieren beseitigt, der Handel zwischen den Ländern erleichtert.

Hanspeter Zneu sagt, dass die Nachhaltigkeitsstandards im Abkommen Greenwashing sind. Seit 6 Monaten gilt in Indonesien nun ein Omnibusgesetz, damit werden Arbeiterrechte und Umweltstandards drastisch reduziert. Das Gesetz wird massiv kritisiert, 100'000 Personen haben dagegen demonstriert. Zudem ist Indonesien eine Oligarchie: Die Palmölwirtschaft finanziert lokale PolitikerInnen, diese machen dafür Politik im Sinne der Industrie, am Ganzen verdient dann das Militär. Auch dieser Gesetzesentwurf kommt von einem ehemaligen General und ist im Sinne der Industrie verfasst. Die Nachhaltigkeitsbedingungen werden im Abkommen nur in einer Fussnote erfasst und sind so schwach formuliert, dass sie nicht «verhäben». So gelten zum Beispiel Plantagen ab 20 Jahren Betriebszeit als Nachhaltig, egal was davor dort war – Rodungen und Vertreibungen werden einfach wegzertifiziert. Indonesien ist nicht willens diese Standards umzusetzen, so werden sie auch nicht durchgesetzt.

Die Indigenas erhalten Geschenke, danach müssen sie plötzlich ihr Land abtreten, somit sind es dann offizielle Verkäufe. Dieses Vorgehen nennt Open Eye, „moderne Sklaverei“. Die Preise sinken, sobald die Verträge abgeschlossen wurden, die KleinbäuerInnen werden gezwungen zu Monokulturen. Letztlich sind Kleinbauern entweder schlechtbezahlte Zulieferer oder Landlose.

Gibt es überhaupt nachhaltiges Palmöl? Nein, denn die Preise dafür sind schlicht zu niedrig. Nur darum ist das Palmöl wettbewerbsfähig. Es gibt einen Skaleneffekt: Plantagen rentieren ab 7000 ha. So wird also die Dominanz der Grossplantagen zusätzlich gefördert. Labels und Klauseln in Fussnoten bewirken nichts, sie dienen nur der Beruhigung der hiesigen KonsumentInnen und StimmbürgerInnen.

Ohne Abkommen wird das Palmöl mit Zöllen belegt. Wir zeigen damit, dass wir nicht einverstanden sind mit der Situation. Denn: Importeure und Branche können die Nachhaltigkeit nicht alleine garantieren. Dafür sind Offizielle in der Schweiz nötig. Zudem gibt es in der Schweiz gute Ersatzprodukte. Darum müssen wir mehr Druck auf Investoren und Konzerne machen: Beim Einkauf müssen wir darauf pochen und auch bereit sein, mehr dafür zu bezahlen.

Fazit: Das Freihandelsabkommen fördert die Nachfrage nach Palmöl und damit die bestehenden Probleme. Es gefährdet Indigene, kleine Wirtschaftsakteure und Kleinbauern in Indonesien und der Schweiz. Es dient nur den Interessen von grossen Konzernen, unterstützt Militär und Oligarchie in Indonesien - und es gefährdet auch Regenwald. Darum legt und Andrea die NEIN-Parole nahe.

Flavia Wasserfallen, Nationalrätin Bern

Innerhalb der Linken, NGOs und Hilfsorganisationen ist die Haltung unterschiedlich: Pro Natura und UniTerre sagen nein, Public Eye, Alliance Sud enthalten sind, Swissaid sagt ja.

Prof. Bürgi spricht sich für ein Ja aus, Markus Mugglin auch. Auch die SP-Fraktion im Nationalrat hat einstimmig die Ja-Parole empfohlen: Bei einem Freihandelsabkommen geht es um gegenseitigen Abbau von Handelshemmnissen, hier v.a. um Palmöl, es geht um über 30'000 Tonnen. Palmöl kommt überall vor, die Probleme damit sind bekannt.

Die Schweiz importiert nur wenig des gesamten Palmölbedarfs aus Indonesien, etwa 1%. Die SP hat versucht, Palmöl aus dem Abkommen auszuschliessen. Als das nicht gelang, nahm sie einen anderen Weg: Sie hat im Parlament nein gestimmt und holte sich so den Einfluss, bei der Umsetzung Bedingungen zu setzen. Dabei schaffte sie einen Paradigmenwechsel: Das Abkommen geht weg vom Credo des Freien Handels hin zum Fairen Handel. Flavia selber war nicht an den Verhandlungen beteiligt.

Jetzt ist das Palmöl drin, aber weltweit zum ersten mal gelten nur für günstigere Zölle, wenn faire Handelsregeln eingehalten werden. Diese werden in der Vorordnungen festgeschrieben und streng kontrolliert: Das Label und die darin enthaltenen Vorgaben werden festgelegt. Verletzung des Abkommens werden sanktioniert. Auch die Nachfrage wird nicht steigen, denn es sind Kontingente festgelegt. Greenpeace Indonesien sagt, das Abkommen stärke Kleinbauern und unabhängige Plantagen. Wir können den globalen Handel nicht verbieten, aber wir können ihn fair und nachhaltig gestalten. Auch Malaysia, dessen Hauptexport Palmöl ist, ist an einem Abkommen interessiert. Alle weiteren Abkommen müssen sich nun an dieser Benchmark aus Indonesien orientieren. Das gilt nicht nur für Palmöl, sondern auch Bananen etc. Aus all diesen Gründen empfiehlt Flavia aus Überzeugung ein Ja.

Vinz Binggeli, JUSO

Freihandelsabkommen sind immer sehr komplex. Es soll nur für nachhaltiges Palmöl Zollerleichterungen geben. Doch die Kehrseite von der Nachfrage nach nachhaltigem oder konventionellem Palmöl ist die Abholzung Urwälder, das Landgrabbing, die Vertreibung. In Kalimati, dem indonesischen Teil von Borneo, gab es 2015 731 Bodenkonflikte, 85'000 Haushalte in Indonesien wurden wegen Monokulturen umgesiedelt. Auf 75% der Fläche, auf der RSPO-Palmöl abgebaut wird, stand früher Dschungel, nachhaltiges Palmöl ist nicht wirklich nachhaltig. Das Abkommen basiert auf einem System, einem koordinierten Netz von Umweltzerstörung. So wird Klima- und Umweltschutz zum Lippenbekenntnis. Noch nie gab es den direktdemokratischen Entscheid über Freihandelsabkommen, der kritischen Bewegung folgen viele NGOs und SP-Sektionen an. Wir sollten Nein sagen zum unökologischen und menschenfeindlichen Palmölabkommen.

Tanja Blume, JUSO

Es wurden schon verschiedene Freihandelsabkommen von Links kritisiert. Üblicherweise geht es um zollfreie Produkte, die unter unmenschlichen Bedingungen angebaut werden. Das ist das Gegenteil von dem, was wir wollen. Diesmal ist es anders, weil einige Standards verankert wurden. ABER sie sind ungenügend. Die RSPO steht international schon lange unter Kritik, weil die Kontrolle durch Produzenten selbst erfolgt. Es ist generell nicht nachhaltig, den Regenwald abzuholzen, da geht es auch um Orang Utans und andere Tiere. Und es ist eine Klimasünde. Auch aus dem sozialen Blickwinkel ist es nicht in Ordnung: Menschenrechtsverletzungen und Landraub sind an der Tagesordnung. Tanja ist für ein Nein. Das Abkommen dient nur dem reichsten Prozent, es lässt die 99% hier und v.a. in Indonesien im Stich.

Tobias Ochsenbein, SP Bern Altstadt-Kirchenfeld

Der Paradigmenwechsel ist zentral: wenn zukünftig noch Handelsabkommen nötig sind, dann ist das der beste Weg. Darum geht es um die Grundsatzfrage: Es gibt auch positive Aspekte im Handel. Wir müssen jetzt dem Paradigmenwechsel Luft ins Segel blasen. Damit können wir auch bei weiteren Abkommen Position einnehmen, eine starke Verhandlungsposition. Es gibt kein Nachhaltiges Palmöl, aber was ist die Alternative? Auch beim Kokosöl gibt es die gleiche Problematik. Der weltweite Bedarf kann noch am besten, am nachhaltigsten, mit Palmöl gedeckt werden. Darum ist Tobias wegen des Paradigmenwechsels für die JA-Parole.

Regina Fuhrer-Wyss, Grossrätin Burgistein

Wir müssen die Argumente gewichten. Entweder sehen wir es als Abkommen mit einem Paradigmenwechsel, namentlich den enthaltenen Nachhaltigkeitsstandards, oder wir finden, es reicht nicht in der Problematik von Abholzung, Verlust an Biodiversität, Umweltschäden und Schäden an Menschenrechten und Vertreibung von Kleinbäuerinnen.

Die Argumente, dass es zumindest etwas Nachhaltigkeit gibt, sind zu wenig griffig. Klar, es ist ein Abkommen mit faireren Bedingungen, aber es ist eben auch ein Abkommen mit ganz kleinem grünem und fairen Feigenblatt. Damit können wir uns nicht begnügen, denn das zieht dann Kreise. Das ist zu wenig Verbindlich, zu wenig Anforderungen. Regina ist klar der Meinung, dass wir Nein sagen sollten.

Antrag GL: Nein-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst Nein-Parole mit 54 Stimmen bei 31 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen.

Lena Allenspach, SP Bern Altstadt-Kirchenfeld stellt einen: Rückkommensantrag: Sie beantragt die Stimmfreigabe beim Freihandelsabkommen mit Indonesien. Sie begründet den Antrag damit, dass die Fraktion geschlossen für das Abkommen stimmte und auch am Parteitag einige Personen dagegen wären. Lena hätte bei der Abstimmung gerne die Auswahl, da es sich um eine komplizierte Vorlage handelt. Darum stellt sie den Antrag auf ein Rückkommen.

Meret Schindler, SP Bern-Ost

Wir sind alle mündig und entscheiden selber, wie wir letztlich einlegen. Eine Stimmfreigabe wäre unglaublich, wenn das Abstimmungsresultat 2/3 zu 1/3 war. Für eine Stimmfreigabe ist dieses Resultat zu deutlich.

Mirjam Veglio ist sehr für demokratische Prozesse. Wenn ein solcher Antrag vor der Abstimmung reinkommt ist klar, dass wir darüber abstimmen. Jetzt ist es nicht sauber, denn wir kennen das Stimmenverhältnis. Mirjam will den Ordnungsantrag nicht zulassen. Die demokratischen Prozesse werden hier über Gebühr strapaziert.

Lena Allenspach hält am Ordnungsantrag fest. Der Parteitag stimmt über das Eintreten darauf ab.

Abstimmung: 38 Personen stimmen für eintreten, 55 dagegen. 4 Delegierte enthalten sich. Der Parteitag hat sich damit gegen ein Rückkommen entschieden.

6 VERABSCHIEDUNG GPK

Die SP Kanton Bern ist sehr glücklich: wir haben viele Menschen in gewählten Ämtern, in internen Ämtern, in der Basis. Die einen stehen im Rampenlicht, die anderen weniger. So arbeitet die GPK im stillen Kämmerlein, ist aber sehr wertvoll. Matthias Burkhalter wurde 2017 in die GPK gewählt und hat während diesen vier Jahren deren Leitung übernommen, die Rechnung der SP Kanton Bern revidiert, war Ansprechperson für Fragen aller Art, vor allem auch zu Sektionsstatuten. Das ist eine wertvolle Arbeit. Matthias ist heute zwar nicht da, dennoch erhält er ein herzliches «Merci viel mal». Die Geschäftsleitung wünscht ihm alles Gute und hofft, ihn bald wieder zu sehen. Als Dank für seine Arbeit erhält Matthias SBB-Gutscheine – wenn wir hoffentlich bald wieder Zug fahren könne, ist das sicher ein attraktives Geschenk.

7 RESOLUTIONEN

Es sind keine Resolutionen eingegangen.

8 VERSCHIEDENES

Peter Buri, SP Ostermundigen

Für viele Menschen mit Behinderungen ist 2021 ein wichtiges Jahr: Es sind viele Änderungen vorgesehen im Berner Modell. Der Assistenzbeitrag der IV reicht nicht aus, um Hilfebedarf abzudecken.

Das Behindertenleistungsgesetz kommt in den Grossen Rat und zur Abstimmungen. Ein wichtiges Anliegen von vielen Menschen mit Handicap ist, dass kein IHP (Abklärungsbogen indirekte Hilfeplanung) eingeführt wird und keine Obergrenze festgelegt. Denn diese verstösst gegen die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK). Dort steht: Jeder Mensch mit Handicap soll die Wahlfreiheit haben, ob er in den eigenen vier Wänden, in einer WG oder in einem Heim leben will. Schnegg hat dafür gesorgt, dass Leute, die selbständig wohnen wollten, was ihm zu teuer war, ins Heim gehen mussten. Damit verstösst er gegen die UNO-BRK. Was macht die SP Kanton Bern in dieser Hinsicht, was hat sie vor? Viele Behinderte sind auf die Hilfe aus der Politik, also von SP und Grünen angewiesen.

Elisabeth Striffeler, Fraktionspräsidentin SP-JUSO-PSA: Elisabeth ist Mitglied in der GSoK und war im Ausschuss für das Gesetz. Sie weiss, was Schnegg vorhat. Er will den gleichen Kuchen auf viel mehr Menschen verteilen, der Kuchen darf aber nicht grösser werden. Das Geschäft kommt im Herbst in die GSoK evtl. auch in den Grossen Rat. Elisabeth ist immer im Kontakt mit verschiedenen Organisationen. Die bürgerliche Mehrheit will alle seine Änderungen zum Nulltarif durchwinken, wir wehren uns dagegen. Peter kann gerne Elisabeth direkt kontaktieren, damit sie seine Anliegen aufnehmen kann.

Peter ist damit einverstanden. Er tauscht mit Elisabeth die Koordinaten aus, damit sie gegenseitig auf dem Laufenden bleiben, und eventuell doch etwas verändern können.

9 SCHLUSS DES PARTEITAGES

Fraktionspräsidentin **Elisabeth Striffeler** fasst den Parteitag zusammen: Das Virus ist immer noch eine Zumutung, darum braucht es eine soziale Politik. Denn die bürgerliche Mehrheit will keine Fairness, keine Lohnerhöhungen. Es ist nicht Menschenfreundlich, wenn Regierungsrat Müller sagt, dass abgewiesene Asylsuchende ihre Ausbildung nicht beenden können. Jetzt ist die Stunde der Sozialdemokratie. Wir wollen eine linke Mehrheit im Regierungsrat, sagen bei den erweiterten Ladenöffnungszeiten NEIN zur Hauptvorlage, JA zum Eventualantrag und bei der Stichfrage Eventualantrag. Wir sagen Nein zur Burka, und weil unsere Daten uns gehören sind wir auch gegen die E-ID. Wir wollen mit Wirtschaftspartnerabkommen Paradigmenwechsel erreichen oder dann ist es nur ein Abkommen mit kleinem grünen Feigenplatz aber vor allem wollen wir faire Abstimmungen, darum steht es bis am Schluss 54 Nein zu 31 Ja bei 10 Enthaltung. Elisabeth dankt für die Präsenz und das Interesse, wünscht allen einen guten kurzen Heimweg und eine gute Zeit.

Der nächste Parteitag findet am 29.05.2021 in Biel (oder per Zoom) statt.

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags 21.05 Uhr.

Für das Protokoll


Zora Schindler

- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle